www.aewb-nds.de

einBlick

Demokratiebildung

Das Themenheft der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung Niedersachsen \ 2014

3

REPORTAGE
»Wer Demokratie stärken will, muss positive Erfahrungen vermitteln.«
Ein Streifzug durch die niedersächsische Erwachsenenbildung
Seite 5

PRAXISEINBLICKE
Politisches Speed Dating in der
Politischen Bildungsstätte Helmstedt
Seite 14

INTERVIEW
»Europa verlangt einen kollektiven Lernprozess.«
Ein Interview mit dem Sozialphilosophen Oskar Negt
Seite 23

Agentur für
Erwachsenen-
und Weiterbildung

Inhalt

REPORTAGE

05 »Wer Demokratie stärken will, muss positive Erfahrungen vermitteln.«
Ein Streifzug durch die niedersächsische Erwachsenenbildung
Von Jeannette Goddar

10 Die innere Melodie der Gleichheit der Menschen
Von Erik Weckel, Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

11 Für Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe
Ein Kommentar von Dietrich Burggraf (HVHS Hustedt)

PRAXISEINBLICKE

13 Antirassistische Bildungsarbeit: Veranstaltungen in den
Internationalen Wochen gegen Rassismus

14 Politisches Speed Dating in der Politischen
Bildungsstätte Helmstedt (PBH)

15 Vernetzte Bildungsarbeit – von der Kooperation zum
umfassenden politischen Bildungsprojekt

16 Demokratiepädagogik:
Zwischen Anti-Gewaltarbeit und Zivilcourage

17 Vom Gestern heute für morgen lernen.
Anne Frank und mehr …

INTERVIEW

19 »Wir bieten einen geschützten Raum.«
Ein Interview mit Claudia Lühmann, VHS Buxtehude

21 »Demokratie-Lernen ist kein Nebenbeigeschäft«
Ein Interview mit Hans-Peter Bartels (MdB)

22 »Europa verlangt einen kollektiven Lernprozess.«
Ein Interview mit dem Sozialphilosophen Oskar Negt

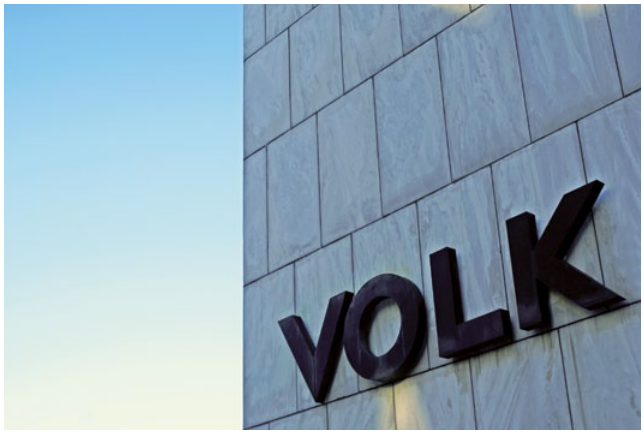
ERFAHRUNGSBERICHT

24 »Die politische Erwachsenenbildung hat dazu beigetragen,
mir einen politischen Kompass zu erarbeiten.«
Bernd Osterloh (VW AG) im Interview

HÄTTEN SIE ES GEWUSST?

26 Zahlen und Fakten:
Die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

27 Zum Weiterlesen, Impressum



↑ Dr. Martin Dust,
Geschäftsführer der Agentur
für Erwachsenen- und Weiterbildung

einBlick **EDITORIAL**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

»Demokratie: ein bei Wahlen immer wieder auftauchender Begriff« – so lautet ein bissiger Kommentar des Satirikers Gerd Wollschon (†2012). Dass sich demokratisches Handeln nicht im Gang zur Wahlkabine erschöpfen kann, ist uns zwar allen irgendwie bewusst. Aber welche Herausforderungen stellt das Leben in einer Demokratie eigentlich an uns? In welchen Bildungszusammenhängen können wir uns mit unseren demokratischen Rechten und Pflichten, unseren gemeinsamen Werten und Normen auseinandersetzen? Und lässt sich Demokratie überhaupt erlernen?

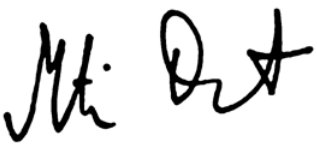
Oskar Negt gibt auf diese letzte Frage eine klare Antwort – auch in diesem Heft. Demokratie müsse sogar »in ständig erneuerter Kraftanstrengung« gelernt werden. Somit erfüllt die politische Erwachsenenbildung in Niedersachsen mit ihren vielfältigen Angeboten einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag. Sie vermittelt nicht nur Wissen über Institutionen und Prozesse des demokratischen Systems der verschiedenen Ebenen – von der europäischen bis hin zur lokalen. Sie trägt weit darüber hinaus dazu bei, dass Menschen selbstbestimmt und urteilsstark am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Denn ohne mündige Bürgerinnen und Bürger kann eine Demokratie nicht funktionieren.

Diese anspruchsvolle Bildungsarbeit verlangt von den Dozentinnen und Dozenten, Programmbereichsleiter/-innen und Ehrenamtlichen viel Engagement und Können. In Gesprächen über ihr Arbeitsfeld wünschen sich diese vor allem mehr Zeit, um neue Formate entwickeln und andere Teilnehmergruppen gewinnen zu können. Dies kann ohne eine adäquate finanzielle Ausstattung jedoch nicht gelingen.

Politische Bildungsarbeit in Niedersachsen hat eine lange Tradition. Sie ist von einer faszinierenden Pluralität, die auf 28 Seiten in dieser dritten Ausgabe unserer Publikationsreihe nicht einmal annähernd veranschaulicht werden kann. Dennoch unternehmen wir mit diesem Heft den Versuch, Ihnen einen »EinBlick« in Strukturen, Formate und Methoden unserer politischen Bildungsarbeit in Niedersachsen zu geben. Außerdem lassen wir an der einen oder anderen Stelle auch Personen zu Wort kommen, die unsere Arbeit »aus der Ferne« beobachten. So etwa den Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates des VW Konzerns, Bernd Osterloh, und das Mitglied des Deutschen Bundestags Hans-Peter Bartels.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Dr. Martin Dust
Geschäftsführer der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung



← Dr. h.c. Jürgen Walter,
Vorsitzender des Niedersächsischen Bundes
für freie Erwachsenenbildung e.V.

einBlick **EDITORIAL**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Befähigung zur Mitgestaltung der Gesellschaft ist als Kernaufgabe der Erwachsenenbildung in § 1 Absatz 2 des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes (NEBG) definiert. Die anerkannten Einrichtungen, die allesamt als Mitglieder im Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung e.V. zusammengeschlossen sind, verpflichten sich dadurch, der politischen Bildung einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Wie genau diese Verpflichtung in ansprechende Bildungsformate umgesetzt wird, obliegt den einzelnen Trägern sowie den gestaltenden Dozentinnen und Dozenten und ist u.a. abhängig von der anvisierten Zielgruppe und den Rahmenbedingungen. Die Spannbreite der verschiedenen Angebote in Niedersachsen ist groß, wie Sie auf den folgenden Seiten entdecken können.

Kernelemente von Demokratiebildung finden sich jedoch, da bin ich mir sicher, im Kleinen in allen Angeboten der niedersächsischen Erwachsenenbildung – auch wenn sie nicht explizit als politische Bildung benannt sind: ein respektvolles Miteinander, die aktive Mitgestaltung des Lernprozesses sowie das Reflektieren der eigenen Sichtweisen sind feste Bestandteile eines jeden Bildungsangebots. In diesem Sinne werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermuntert, sich selbst und anderen gegenüber verantwortungsbewusst zu handeln und so Gemeinschaft und Gesellschaft aktiv zu leben.

Ich freue mich sehr, dass mit diesem dritten Heft der Reihe »EinBlick« einmal mehr gezeigt werden kann, wie vielfältig und innovativ die Erwachsenenbildung in Niedersachsen ist. Die Sicherung und Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen liegt mir persönlich sehr am Herzen. Natürlich werde ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kolleginnen aus dem Vorstand zukünftig weiterhin nach Kräften dafür einsetzen, dass Spielräume zur Erprobung neuer Konzepte und Formate eröffnet und durch das Land Niedersachsen finanziert werden.

Ein angenehmes Lesevergnügen wünscht

Dr. h.c. Jürgen Walter
Vorsitzender des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e.V.

einBlick **REPORTAGE**

»Wer Demokratie stärken will, muss positive Erfahrungen vermitteln.«

Ein Streifzug durch die niedersächsische Erwachsenenbildung

Von Jeannette Goddar

Für Menschenrechte und gleiche Rechte, gegen Ausgrenzung und Abwertung: Auch in Zeiten der zunehmenden Ökonomisierung der Erwachsenenbildung bleibt Demokratieerziehung unerlässlich. Mit Erfolg: In Niedersachsen haben die kommunalen Einrichtungen und Landeseinrichtungen 2012 mehr als 180.000 Unterrichtsstunden und die Heimvolkshochschulen mehr als 40.000 Teilnehmertage in der politischen Bildung – von der die Demokratiebildung ein wesentlicher Teil ist – gezählt. Landesweit sind von Aurich bis Göttingen mehr als 70 Einrichtungen in diesem Bereich aktiv.

↓ Dipl.-Soz. Madlen Preuß, Wissenschaftlerin am Institut für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, stellte aktuelle Forschungsergebnisse vor.

Bei einer Führung machte die Gastgeberin bedrückend deutlich, worum es auch den Tag über ging: Wie weit unsere Gesellschaft davon entfernt ist, alle Menschen als gleich und Verschiedenheit als normal zu betrachten. Mitten im Gebetsraum der Synagoge stand Alla Voladorska, als sie den rund 50 Experten der Demokratieerziehung erklärte: »Unsere wichtigste Nachricht lautet: Wir sind normal! Es gibt keinen Grund, uns wie Tiere im Zoo anzustarren.« Rund zweimal in der Woche erklären die Mitglieder der Synagoge Etz Chaim der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover, wer sie sind – anreisenden Gruppen von Schulklassen bis zu Offiziersanwärtern. Mitten in der niedersächsischen Hauptstadt, in einem Gebäude, das gleich in mehrerer Hinsicht für Toleranz steht: Das jüdische Gotteshaus ist aus einer evangelischen Kirche entstanden.

»Unsere wichtigste Nachricht lautet: Wir sind normal!«

Einen umfassenden Eindruck davon, wie es um das Miteinander bestellt ist, hatte zu Beginn der ›Fachtagung Politische Bildung gegen Rechtsextremismus – Niedersächsische Bedarfe und Praxisbeispiele‹ die Soziologin Madlen Preuß geliefert. Die Mitarbeiterin des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld stellte den Abschlussbericht einer Langzeitbeobachtung »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« vor.
Seit 2002 haben die Forscher untersucht, wie Menschen aufeinander reagieren und was sie voneinander halten. Ist es den Deutschen unangenehm, wenn sie Obdachlose sehen? Welches Bild haben sie von Sinti und Roma? Sind Langzeitarbeitslose selbst schuld an ihrer Lage? Leben zu viele Ausländer im Land? Sollten sich Frauen stärker auf die Rolle der Ehefrau und Mutter beschränken? Das Syndrom der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«, das sie aus den Antworten filtern, liefert Aufschluss über zwölf Facetten von Antisemitismus über Islamophobie bis zu Schwulenfeindlichkeit und Sexismus. In Niedersachsen wurden für das Langzeitprojekt 1792 von bundesweit 23.000 Menschen befragt.

Das Ergebnis machte den Bedarf an Demokratiewochen – und zum Auftakt einer solchen saß man hier zusammen – frappierend deutlich. Mehr als 13 Prozent der Niedersachsen sind der Ansicht, Muslime sollten nicht zuwandern dürfen, nahezu jeder dritte findet, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland. 41 Prozent glauben, Sinti und Roma neigten zu Kriminalität, 22,5 Prozent würden Obdachlose lieber aus dem Straßenbild entfernen. Und während manche Zahlen wenigstens

»In einem Jahr wurden 1.500 Menschen fortgebildet. Das ist ein großer Erfolg.«

sinken – die der Muslimfeinde zum Beispiel, was Madlen Preuß auch auf mehr Prävention zurückführte – steigen andere: die Abwertung von Langzeitarbeitslosen zum Beispiel. Immer stärker, so Preuß, würden Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet – und zwar quer durch alle Zielgruppen: »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet sich überall«, so Preuß; weder Bildungsgrad noch Geschlecht oder Alter stünden der Abwertung anderer im Weg. So äußerten sich Frauen sogar häufiger rassistisch und fremdenfeindlich als Männer. Menschen über 50 erwiesen sich insgesamt als menschenfeindlicher als solche unter 30 – die aber weit häufiger Zielgruppe der politischen Bildung sind. In der Tendenz am demokratischsten veranlagt sind die 30 bis 50-Jährigen.

»Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet sich überall.«

Wie aber erreicht man all diese Menschen? In Niedersachsen versuchen das seit 2012 sieben Demokratiezentren an neun Standorten, hervorgegangen aus bewährten Trägern und gefördert im Rahmen des Landesprogramms ›Demokratie stärken – Gegen Extremismus‹. Fortgebildet von der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung ist ihr Ziel, Demokratiebildung durch Vernetzung und kompetente Beratung voranzubringen, bis in die entlegenen Regionen des Bundeslandes. Dirk Lange, bis Oktober Leiter der Agentur, zog in Hannover eine positive erste Bilanz: »In einem Jahr wurden 1.500 Menschen fortgebildet. Das ist ein großer Erfolg« – der allerdings, angesichts der noch unsicheren Finanzierung 2014 auch durch politischen Druck flankiert gehöre. Die Demokratiewochen 2013 boten jedenfalls ein beachtliches Programm: Mit Ausstellungen, Theaterstücken, Workshops und Aktionstagen von Papenburg bis Helmstedt stellten sie Themen von der Finanzkrise über Migration bis zu Neonazis in den Mittelpunkt – mit einem klaren Schwerpunkt auf dem weiten Feld des Rechtsextremismus.

Aber gehören zu Bildungsangeboten, die »politische Urteils- und Handlungsfähigkeit von Bürgern fördern sollen und Projekte, die Demokratie, Toleranz und Vielfalt erlebbar machen« – so der Auftrag der Demokratiezentren – nicht mehr als Anti-Rechtsextremismus-Projekte? Doch, sagt Erik Weckel, der die Zentren bei der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung koordiniert, man müsse aber auch sehen, dass ihre Gründung »klar durch die NSU-Morde motiviert war.«

»Projekte, die Demokratie, Toleranz und Vielfalt erlebbar machen«

Dafür, wohin die Reise noch gehen kann – und sollte – hat Weckel ein schönes Beispiel parat: In einem Projekt zur Bürgerbeteiligung in Europa lief ihm als pädagogischem Mitarbeiter der Kreisvolkshochschule Gifhorn – die mit der VHS Braunschweig ein Demokratiezentrum bildet – eine Schülergruppe des Zweiten Bildungswegs über den Weg. Über zwei Dinge klagten sie besonders: über die Komplexität der Debatte über Euro und Eurokrise, Verschuldung und Stabilisierung – und darüber, dass ihnen das Vertrauen in die handelnden Personen fehle. »Man müsste viel besser informiert werden«, hätte es unisono geheißen, berichtet Weckel. Der machte einen Vorschlag: Mit wem würdet ihr gern reden – wir laden ihn oder sie ein. Ein paar Monate später trafen sich ein grüner und ein Bundestagskandidat der Piraten mit den Schülern. Einen Tag lang wurden zwei Themen von der Pike aufgedröselt – Menschenrechte im Arbeitsprozess und Stadtteilentwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Baurechts. Bald soll ein zweites Treffen stattfinden. »Wer Demokratie stärken will, muss positive Erfahrungen vermitteln«, sagt Weckel. Wunder, das sagt er auch, seien allerdings nach Jahrzehnten der Sozialisation von einzelnen Maßnahmen nicht zu erwarten.

Unerlässlich, konstatiert Dirk Lange, sei Demokratiebildung gerade nicht mit Blick auf Verwertbarkeit und unmittelbaren Nutzen. Sondern als Ort, der Demokratie »als politisches Projekt begreift, dessen Werte, Überzeugungen, Haltungen immer wieder neu vermittelt werden müssen.« Und zwar anders als in der Schule, deren Politikunterricht vor allem die Aufgabe habe, unter Achtung des Beutelsbacher Konsenses die Urteilsfähigkeit zu fördern und Basiswissen über demokratische Institutionen zu vermitteln. »Die Welt, in der wir leben, ändert sich ständig«, erklärt Lange, »sie wird pluraler, vielfältiger, multikultureller. Demokratisches Denken wird immer wieder herausgefordert – also müssen auch demokratische Werte immer wieder aktualisiert werden: für Menschenrechte, für Gerechtigkeit, für gleiche Rechte.« Dass Angebote der Demokratiebildung nicht besucht würden, stellt der ehemalige Leiter der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung in Abrede: Speed-Dating mit Politikern, Kamingespräche oder Lesekreise seien Formen, die sich durchaus bewährten, ebenso Angebote, die sich mit drängenden Themen in den Kommunen und Regionen beschäftigen. Entscheidend sei, dass es gelinge, den kostenlosen Zugang zu erhalten: »Wenn der Staat seinen Auftrag demokratischer Grundbildung ernst nimmt, kommen die Menschen auch.«

»Demokratisches Denken wird immer wieder herausgefordert – also müssen auch demokratische Werte immer wieder aktualisiert werden.«

↓ Der Poetry Slammer Tobias Kunze leitete nicht nur einen Workshop zur Live-Literatur in der Politischen Bildung, sondern führte auch selbst einen Politischen Poetry Slam vor.

Auf frappierende Weise deutlich, was droht, wenn sich nichts tut, machte Reinhard Koch. Der Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig ist ein Mann, der auch ungewöhnliche Wege geht. Zum Thema »Umgang mit Rechtsextremismus in Erwachsenenbildungseinrichtungen« hatte er einen Co-Moderator mitbringen wollen: Andreas Molau, bis 2012 eine Führungsfigur der NPD und mit Unterstützung des niedersächsischen Verfassungsschutzes 2012 ausgestiegen. »Wer in der Erwachsenenbildung setzt sich den Hut auf, auch solchen Leuten eine zweite Chance zu geben?«, fragte Koch. Er – allerdings auch mit dem Ziel, sich dessen Insiderwissen zunutze zu machen. Da Molau dieses, weil er verhindert war, doch nicht selbst präsentieren konnte, übernahm Koch das – mit ebenso tiefen wie beunruhigenden Einblicken.

All dessen, was Madlen Preuß erklärt hatte, sei die rechte Szene sich nämlich äußerst bewusst. »Die Szene hat begriffen, was sie angesichts all der rechtsextremen und rassistischen Versatzstücke gewinnen kann«, erklärte Koch. Und sie wende, um einen Fuß in die bürgerliche Mitte zu bekommen, alle möglichen Tricks »politischer Mimikry« an: vom Mitmarschieren auf 1. Mai-Demonstrationen und dem Besetzen linker Begriffe wie Kapital bis zur gezielten Einflussnahme über Elternvertretungen an Schulen und anderen Orten, an denen es an Ehrenamtlichen fehlt. Bis die ersten getarnten Rechten sich an die politische Bildung wagten, sei es nur eine Frage der Zeit: »Wann«, fragte Koch, »erreichen U-Boote die Erwachsenenbildung? Oder sind sie schon da?«

Diese, so Koch, müsse sich der Herausforderung auf mehreren Ebenen stellen: Es gelte nicht nur, die Mimikry zu entschlüsseln – anders als es in der Schweiz geschehen sei, wo Rechte regelmäßig bei Volksabstimmungen zu Minaretten und ähnlichem nahezu unerkannt vorneweg gingen. Es sei auch an der Zeit, Begriffe wieder zu besetzen, die man sich habe wegnehmen lassen: »Nation, Heimat, Ehre, Stolz«, sagte Koch, »was verstehen wir darunter? Haben wir zu den Definitionen der Rechten ein schlüssiges Gegenkonzept?« Entscheidend sei, mahnte Koch, ob es gelinge, sich mit dem Rechtsextremismus unterhalb der Spitze des Eisbergs zu befassen: nämlich mit »dem Braunzonenbereich, der ein Scharnier in die Mitte der Gesellschaft bildet.«

Jeannette Goddar

»Haben wir zu den Definitionen der Rechten ein schlüssiges Gegenkonzept?«

einBlick **REPORTAGE**

Die innere Melodie der Gleichheit der

↑ Erik Weckel

↑ Netzwerktreffen der Demokratiezentren im Herbst 2012

»Schließen Sie bitte Ihre Augen. Verschließen Sie mit Ihren Händen Ihre Ohren. – Was hören Sie? – Richtig, das Rauschen Ihres Blutes, das Schlagen Ihres Herzens, Sie spüren sich selbst, Ihre innere Melodie.« (Karl-Heinz Emter, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig). Diese innere Melodie ist allen Menschen gleich.

Bildung pro Demokratie, sollte man meinen, sei in einer demokratischen Gesellschaft selbstverständlich. Dem scheint jedoch so nicht zu sein. Seit Jahren dominiert ein ökonomischer Blick auf Bildung, bei dem die berufliche Verwertbarkeit des Gelernten im Vordergrund steht. Gleichzeitig wurde öffentliche Bildung stärker unter ökonomische Profitabilitätsperspektiven gestellt. Angeboten wird seitdem insbesondere das, was sich rechnet. Politische und demokratische Bildung gerieten dadurch aus dem Blick, teilweise werden sie gar nicht mehr angeboten. Die Auflösung der Landeszentrale für Politische Bildung in Niedersachsen trug zu diesem Prozess bei.

Im Angesicht der terroristischen Morde des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)« und der jahrelangen Fehlanalysen der Ermittlungsbehörden wurde deutlich, dass hier Fehlentwicklungen vorliegen, denen u.a. mit wieder verstärkter Politischer Bildung pro Demokratie und gegen Rechtsextremismus entgegenzusteuern ist. Rechtsextremismus stellt durch die Ablehnung der Menschenwürde und der Menschenrechte eine Herausforderung für die Demokratie dar.

Wenn die Prinzipien der Gleichheit, der Gerechtigkeit, der Anerkennung und der Toleranz politisch und gesellschaftlich in Frage gestellt werden, ist Demokratiebildung gefordert. Das Land Niedersachsen trug diesem Umstand Rechnung, indem es mit seinem Programm »Demokratie stärken – gegen Extremismus« im Jahre 2012 Sondermittel für die Erwachsenenbildung zur Verfügung stellte.

Die politische Erwachsenenbildung kann demokratische Werthaltungen entwickeln, das Orientierungswissen und die Handlungsfähigkeit der Menschen in der Demokratie fördern. Politische Bildung ist immer auch Bildung gegen Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Weltbilder. Vor diesem Hintergrund wählte die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung zunächst sieben Demokratiezentren aus, die sich vor Ort als Ansprechpartner in der Bildung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus etablieren sollten. Inzwischen sind 15 Einrichtungen mit unterschiedlichen Aufgaben und Profilen im Netzwerk aktiv.

Fachliche Unterstützung erhalten die Zentren durch Reinhard Koch, Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig. Die Mitarbeitenden der Demokratiezentren qualifizierten sich: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Aspekte des Rechtsextremismus, Anti-Bias-Ansatz und Diversity standen im Curriculum. Methoden zum Transport der Inhalte in die Köpfe und Herzen sind erprobt. In der Umsetzung finden sich in den Regionen interne

Menschen

Demokratiezentren der niedersächsischen Erwachsenenbildung

Fortbildungen, freie Angebote über das Bildungsprogramm und individuelle Angebote, z.B. für Schulen, Träger der Jugendhilfe, Gewerkschaften oder Kirchen. Organisiert werden Ausstellungen, Vorträge und Workshops. Die Entwicklung der Netzwerkarbeit ist bedeutsam.

Erik Weckel, Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

info

In Niedersachen gibt es vielfältige Angebote und Initiativen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Demokratiebildung. Um diese im Sinne einer institutionalisierten Bildungsarbeit stärker regional zu bündeln und zu koordinieren, sind im Rahmen des Landesprogramms »Demokratie stärken – Gegen Extremismus« im September 2012 landesweite »Demokratiezentren der niedersächsischen Erwachsenenbildung« eingerichtet worden. Sie sollen mit Unterstützung der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung diesen Prozess unterstützen.
Die genauen Standorte und weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der Demokratiezentren unter www.demokratiezentren-nds.de

↑ Dietrich Burggraf

Für Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe

Ein Kommentar von Dietrich Burggraf

Demokratie braucht politische Bildung. Wer das banal findet, der muss sich nicht wundern, wenn politische Apathie um sich greift. Es geht – wie dieses Themenheft zeigt – um kritische politische Bildung, demokratische Werthaltungen, politisches Orientierungswissen und die Handlungsfähigkeit als Bürgerin und Bürger in der Demokratie. Das ist eine wichtige Aufgabe. Sie kann der Erwachsenenbildung in Niedersachsen neue Impulse geben.

Hier ist die Initiative der Politik gefragt, aber vor allem die der Träger und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Immerhin sind sie es, die plural und öffentlich verantwortet das Grundangebot an Erwachsenenbildung für alle Bürgerinnen und Bürger sichern.

Gegenwärtig werden die »Bildungsmaßnahmen« des niedersächsischen Verfassungsschutzes zurückgefahren und eingestellt. Das ist gut so und hat mehr als symbolische Bedeutung. Denn jene Behörde darf keinen Einfluss auf die politische Bildung haben. Als Nachrichtendienst intransparent und demokratisch unzureichend kontrolliert, ist der »Verfassungsschutz« bis heute von einseitigen ideologischen Positionen geprägt worden, die die Gefahren für die Demokratie von den extremen Rändern der Gesellschaft her definieren.

Dabei sind es die erschreckenden Befunde aus der Mitte der Gesellschaft, die weitergehende Anstrengungen zur politischen Bildung notwendig machen, wenn 10 %

der Bevölkerung nachweisbar rassistische und 25 % antidemokratische und chauvinistische Grundhaltungen haben. Desorientierung, politische Apathie und die Erosion der Demokratie können nur mit einem Zuwachs an Aufklärung gegen menschenfeindliche Weltbilder, mit gesellschaftlicher Teilhabe und Mitbestimmung in wirklich allen gesellschaftlichen Bereichen beantwortet werden. Hier eröffnet sich ein weites Feld für eine aufklärende, kritisch-emanzipative, ermutigende politische Bildung.

Man darf das kritische Potential und die Leistungsstärke der niedersächsischen Erwachsenenbildung nicht unterschätzen. Seit bald drei Generationen gehen eine nicht geringe Zahl derjenigen, die in diesem Land politische Verantwortung übernehmen, aus der niedersächsischen Erwachsenenbildung hervor oder lassen sich – aus allen politischen Lagern und Milieus gleichermaßen – immer wieder neu inspirieren und qualifizieren:

Ehrenamtliche Gemeinde-, Kreis- und Stadträte aller Parteien, Vorstandsmitglieder des Landvolkes und der grünen Verbände, katholische Kirchengemeinderäte und Verantwortliche in den Vereinen, evangelische Kirchenvorstände und Gemeindevertreter, aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und führende Mitglieder von Bürgerinitiativen, Sozialverbänden, Schulelternvertretungen, Selbstverwaltungen, Genossenschaften, sozialer und ökologischer Initiativen sowie Netzwerken gegen Rechtsextremismus – sie alle und noch viel mehr sind in der niedersächsischen Erwachsenenbildung und insbesondere in den Heimvolkshochschulen sozialisiert worden oder mit ihr zumindest in prägender Weise in Berührung gekommen. Und sie erfahren hier geistige Heimat und politisches Handlungswissen.

Hier hat Niedersachsen ein besonderes Pfund. Dabei sind es nicht unbedingt die in der Medienöffentlichkeit wahrgenommenen Politikerinnen und Politiker, sondern nicht selten jene örtlichen Verantwortlichen und Kümmerer, ohne die das Gemeinwesen und die Zivilgesellschaft nicht funktionieren können.

An diese Tradition knüpfen Initiativen zur Profilierung der politischen Bildung an – einladend und offen für alle, plural aufgestellt und kritisch engagiert für Demokratie und Toleranz, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit.

Förderungspolitisch ist es dazu notwendig, die politische Bildung weiterhin zu privilegieren. Die Erwachsenenbildung selbst muss das gelegentliche Vorurteil entkräften, politische Bildung sei thematisch beliebig, aufs Ganze gesehen eher marginal und in ihrer Wirkung ungewiss. Und wir benötigen wissenschaftliche Untersuchungen, denn empirische Forschung über gelingende Bildungsprozesse und korrespondierende Lernkulturen der politischen Bildung gibt es praktisch nicht. Hier muss eine forschungspolitische Lücke dringend geschlossen werden.

Kritische politische Bildung findet sich weder mit den gesellschaftlichen Verhältnissen noch mit dem eigenen Entwicklungsstand ab. Politische Bildung ist Bildung in einem ganz umfassenden Sinn.

Dietrich Burggraf

info

Dietrich Burggraf ist Leiter und Geschäftsführer des Bildungszentrums HVHS Hustedt e.V. und ehrenamtlicher Vorsitzender der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e.V.

Mitarbeiter der Ev. Erwachsenenbildung (1980–1988), VHS-Leiter in Emden, Braunschweig und Hannover (1988–2009), Innovationspreis (DIE) für die Organisationsentwicklung der VHS Braunschweig GmbH (2005), Lehrauftrag an der Leibniz Universität Hannover (2006–2010 und 2014).

In welchen Bildungszusammenhängen können wir uns mit unseren demokratischen Rechten und Pflichten, unseren gemeinsamen Werten und Normen auseinandersetzen?
Die folgenden Praxisbeispiele illustrieren unterschiedliche Themen, Formate und Methoden. Sie stehen stellvertretend für ein plurales Bildungsangebot in Niedersachsen, das Bildung nicht ausschließlich als Mittel zum beruflichen Weiterkommen versteht.

einBlick **PRAXISEINBLICKE**

Antirassistische Bildungsarbeit: Veranstaltungen in den Internationalen Wochen gegen Rassismus

Am 21. März findet regelmäßig der von den Vereinten Nationen ausgerufene »Internationale Tag gegen Rassismus« statt und im angrenzenden Zeitraum die »Internationalen Wochen gegen Rassismus«. Dieser Zeitraum wird von vielen Organisationen, Betrieben und Personen genutzt, um eine möglichst breite Öffentlichkeit mit antirassistischen Themen zu mehr Aufmerksamkeit und demokratischem Handeln zu motivieren.

In Hannover haben wir mit einigen Akteuren eine (noch relativ junge, aber sehr erfolgreiche) Kooperation zur gemeinsamen Organisation und Durchführung einer Veranstaltungsreihe. Dabei geht es vor allem darum, ein Schwerpunktthema mit verschiedenen didaktischen Möglichkeiten aufzubereiten und dadurch die unterschiedlichsten Zielgruppen einzubinden. Hierfür nutzen wir die Möglichkeit, unsere zum Teil sehr unterschiedlichen Ressourcen und Kompetenzen zu bündeln, um dadurch ein größeres Angebot zusammenstellen zu können. Das bedeutet in der Praxis auch, sich bei kontroversen Themen auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen und diesen Pluralismus als demokratische Notwendigkeit zu verstehen.

Die Veranstaltungsreihen richten sich an eine breite Stadtöffentlichkeit und werden im repräsentativen Rahmen eröffnet. Für den gesamten Veranstaltungszeitraum nutzen wir gerne die Möglichkeit, eine Ausstellung zu zeigen, die sowohl geschlossenen Gruppen mit Führung angeboten wird als auch Publikumsverkehr offen steht. Es gibt inhaltliche Veranstaltungen, die besonders auf Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (etwa an Schulen sowie in der Jugend- und Erwachsenenbildung) abzielen und damit auch für die (Bildungs-)Praxis methodisch-didaktische Fragestellungen beinhalten. Wir bieten Veranstaltungen mit theoretischem Anteil für wissenschaftlich-theoretisch Interessierte und solche, die sich thematisch im speziellen an eine betrieblich(-gewerkschaftliche) Öffentlichkeit richten. Außerdem werden je nach Möglichkeiten auch Fortbildungen, Kinoangebote, kulturelle Einblicke, Gespräche und Begegnungen angeboten, um Themen und Kultur(en) erlebbar zu machen. Wenn es möglich ist, qualifizieren wir im Vorfeld auch Schüler/-innen und/oder (Jugend-) Bildungsarbeiter/-innen im spezifischen Thema aus, so dass sie unterstützende Aufgaben im Rahmen der Veranstaltungsreihe wahrnehmen können.

Sylvia Milsch, Pädagogische Mitarbeiterin der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Mitte gGmbH

↑ Flyer der Internationalen Wochen gegen Rassismus

Das Politiker Speed Dating in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt fand am 28. August 2013 statt. Mit rund 200 Teilnehmenden war die Veranstaltung zur Bundestagwahl ein voller Erfolg, der sich auch in der medialen Berichterstattung zeigte. So wurde die Veranstaltung in der Sat 1 Sendung ›Weck up‹ am 1. September als innovatives Politikformat vorgestellt. Folgende Kandidatinnen und Kandidaten des Wahlkreises 51 Helmstedt-Wolfsburg stellten sich den Fragen: Günter Lach (CDU), Achim Barchmann (SPD), Volker Möll (Bündnis 90/Die Grünen), Verony Reichelt (FDP), Gabriele Chartier (Freie Wähler), Pia Zimmermann (Die Linke), Jürgen Stemke (Die Piraten).

↖ Volker Möll von Bündnis 90/Die Grünen wird zum Thema Energiepolitik befragt.

Politisches Speed Dating in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt (PBH)

Drei Wochen vor der Bundestagwahl, also in der heißen Phase des Wahlkampfes, hatte die Politische Bildungsstätte Helmstedt die Direktkandidatinnen und -kandidaten des Wahlkreises 51 zum politischen Speed Dating (PSD) mit den Helmstedter Wählerinnen und Wählern geladen. Die Besonderheit des Helmstedter PSD ist, dass es mit Schulen veranstaltet wird, um Erstwähler/-innen für die Wahlen zu interessieren, aber gleichzeitig ein Informationsangebot der PBH für alle Helmstedter ist. Schüler/-innen der Oberstufe des Gymnasiums Julianum und des Gymnasiums am Bötschenberg erarbeiteten aus diesem Grund stellvertretend für die Wähler Fragen zu ausgewählten politischen Themen.

In sieben Runden à sieben Minuten wurden die Kandidaten von Schülergruppen, die aus drei bis vier Erstwählern bestanden, zu sieben Themen befragt. Wie beim Speed Dating in Partnerbörsen zählte auch beim politischen Speed Dating der erste Eindruck, um zu punkten: Auf der Seite der Schüler/-innen war eine gute Vorbereitung gefordert; die Politiker/-innen mussten klare Botschaften liefern, denn sieben Minuten lassen keine Zeit für Ausschweifungen oder das sprichwörtliche Reden um den heißen Brei.

Alle anderen Teilnehmer/-innen konnten den Gesprächen als Zuschauer folgen, indem sie entweder mit einer Gruppe mitgingen – z.B. ›Deutschland und die Welt‹ – und sich die Meinung aller Kandidaten zu diesem Thema anhörten, bei einem Kandidaten blieben oder spontan improvisierten. Die Teilnehmenden am PSD zeigten sich beeindruckt von dieser Möglichkeit, Politik und die Menschen hinter der Politik kennenzulernen. Einige Erstwähler berichteten, dass ihnen der direkte Kontakt mit den Kandidaten gut gefallen habe, und sie nun wüssten, wen sie wählen werden. Anderen gefiel, dass sie in ihren politischen Vorstellungen bestätigt wurden. Die sieben Politiker/-innen waren überrascht und begeistert vom Engagement und Wissen der Schüler/-innen und gaben zu, in dem eineinhalbstündigen Fragemarathon auch auf neue Themen und neue Blickwinkel gestoßen zu sein, mit denen sie sich noch auseinandersetzen müssten.

Für die PBH war es bereits das zweite Politiker Speed Dating und sie wird auch zur Europawahl 2014 etwas Adäquates anbieten, denn das Veranstaltungsformat bietet eine Orientierung für die Wähler und macht Politik transparent. Das Wichtigste sind jedoch die Gespräche, die durch das ›Dating‹-Erlebnis ausgelöst werden. Man konnte sie überall hören: auf den Fluren, um zum nächsten Kandidaten zu gelangen, aber auch in den Diskussionen mit den Kandidaten, die auch nach den Dating-Runden nicht endeten. Für die PBH ist es ein tolles Beispiel für gelebte Demokratie!

Mira Keune,
Politische Bildungsstätte Helmstedt

Erstmalig zu der Landtagswahl in Niedersachsen (2013) hat die Agentur das bereits erfolgreich erprobte Konzept Politiker Speed-Dating aufgenommen und es für die Erwachsenenbildungseinrichtungen weiterentwickelt. Zur Bundestagswahl im September 2013 waren die Einrichtungen erneut aufgerufen, das Format vor Ort umzusetzen. Mittlerweile haben an den Veranstaltungen landesweit über 150 Politiker/-innen, sowie 800 Teilnehmer/-innen teilgenommen. Viele Einrichtungen werden das Bildungsformat auch bei kommenden Wahlen einsetzen.
Die Agentur hält das entsprechende Werbematerial vor, das bei Annette Werhahn (Telefon 0511 300330-35, werhahn@aewb-nds.de) abgerufen werden kann.

einBlick **PRAXISEINBLICKE**

Demokratiebildung
ist mehr als nur ein Seminar …

↑ Michael Dunst

Vernetzte Bildungsarbeit — von der Kooperation zum umfassenden politischen Bildungsprojekt

Was hat ein Polit-Rock-Festival mit einer literarischen Kaperfahrt auf dem Maschseeschiff gemeinsam? Genau, es geht um Demokratiebildung. Während ausgeschriebene Seminare zur Demokratiebildung für viele Menschen vielleicht langweilig wirken könnten, wecken Veranstaltungen wie diese großes Interesse. Wir greifen Themen auf, die nah dran sind an aktuellen Entwicklungen (wie z. B. bei der Reihe »Überwachungstechnik und Überwachungsstaat«), und die Mut machen sollen, sich aktiv einzubringen in gesellschaftliche Debatten (wie z.B. bei der Reihe über »Soziale Bewegungen in Hannover«). Auch die Formen der Vermittlung sind vielfältig: Angeboten werden literarische Lesungen, Konzerte, Filme, Ausstellungen, Radiosendungen, Stadtführungen, aber auch Vorträge, Arbeitsgruppen, Studienfahrten und Bildungsurlaube.

Diese Orientierung ist kein Zufall, sondern Programm. Denn beim Bildungswerk ver.di gehört es zur Tradition, mit einer Vielzahl sozialer und politischer Bewegungen und Gruppen zu kooperieren. Das Spektrum ist so vielfältig wie das gesellschaftliche Leben und umfasst Kino- und Radiogruppen, Geschichtswerkstätten, Dritte-Welt-Initiativen, Kultur- und Umweltvereine und andere soziokulturelle Gruppen und Vereine. Dabei werden nicht nur Einzelveranstaltungen vorbereitet, sondern umfängliche Veranstaltungsreihen gemeinsam inhaltlich konzipiert und organisatorisch und finanziell realisiert. So eine Reihe kann leicht 20 bis 30 Veranstaltungen umfassen.

Die Veranstaltungsorte sind nicht immer so spektakulär wie der Konzertsaal beim Polit-Rock-Festival oder das Maschseeschiff. Wesentlicher Bestandteil dieser spezifischen Art demokratischer und kooperativer Bildungsarbeit ist ihre dezentrale Durchführung. Die Veranstaltungen finden nicht nur in den Räumlichkeiten des Bildungswerks ver.di statt, sondern auch in verschiedenen hannoverschen Stadtteilen sowie im ländlichen und kleinstädtischen Raum in der Region Hannover – in Kinos, Jugend- und Kulturzentren, im Radio oder auf Straßen und Plätzen. Die Gewerkschaft öffnet sich zur Gesellschaft und ist in ihr präsent. Aktuelles Beispiel: Gewerkschaftliche Kolleginnen und Kollegen schauen sich in den Pausen ihrer Betriebsratsseminare eine Ausstellung mit dem Thema »Von Krieg zu Krieg – Militarismus in der Region Hannover« an, die in den Vorräumen des bw-ver.di-Veranstaltungszentrums »Rotation« hängt. Sie bekommen einen anderen Blick auf die Stadt und die Region Hannover, lernen die Arbeit einer Geschichtsinitiative kennen, diskutieren untereinander und mit den Ausstellungsmacherinnen und -machern sowie den Besucherinnen und Besuchern, die wiederum mitbekommen, womit Gewerkschafter/-innen sich beschäftigen.

Bildungsarbeit trägt so dazu bei, Menschen ganz unterschiedlicher sozialer und politischer Milieus miteinander in Kontakt zu bringen, sich auszutauschen und oft auch zu Engagement zu bewegen. Ganz nach dem Motto der Leitlinien des Bildungswerks ver.di: »Wir wollen den Teilnehmenden ein besseres Verständnis der Wechselbeziehungen zwischen persönlicher Entfaltung, verantwortlichem Handeln und gesellschaftlicher Entwicklung ermöglichen und sie so in die Lage versetzen, Verantwortung zu übernehmen. Unser Ziel ist es, die Möglichkeit der Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen zu verbessern.«
Um das zu erreichen, sollte Bildung auch Spaß machen dürfen und den ganzen Menschen ansprechen.

Michael Dunst
Stellvertretender Vorstand und Pädagogischer Leiter Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V.

einBlick **PRAXISEINBLICKE**

Demokratiepädagogik: Zwischen Anti-Gewaltarbeit und Zivilcourage

← Die Dokumentation zur berufsbegleitenden Fortbildung ist mit einem Vorwort von Wolfgang Thierse 2013 erschienen.

Das Thema Gewalt in unserer demokratischen Gesellschaft ist dauerhaft. Leider halten sich aus unterschiedlichen Gründen nicht alle an den Grundkonsens der Friedfertigkeit. Gewalt abzubauen und vorzubeugen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – wohl wissend, dass es eine gewaltfreie Gesellschaft nicht geben wird. Deshalb ist eine werte- und normenorientierte Bildungsarbeit, die Informationen und Handlungsoptionen offeriert, von großer Bedeutung.

Die KVHS Gifhorn stellt sich mit der »Anti-Gewalt-Akademie« dieser Aufgabe. Eine wesentliche Zielsetzung ist es, Menschen in ihrer Sicherheit und ihrem Mut aufzubauen sowie Handlungsperspektiven zu entwickeln. Mit den Angeboten stärkt sie die Kompetenzen zum Beispiel von Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen und Freiwilligen im Umgang mit Konflikten und Gewalt durch Informationen, Fortbildungen und Beratung. Sie vermittelt erprobte und transparente Handlungsmodelle und kooperiert mit allen wichtigen Stellen, unterstützt und berät in Konfliktmanagement und Krisenbewältigung und plant und realisiert präventive Maßnahmen mit allen Beteiligten. Neuerdings bietet die KVHS Männern, die ein Problem mit Aggression und Gewalt haben, ein Gesprächs- und Gruppenangebot mit ausgebildeten Konfliktberatern an, um eine Verhaltensänderung zu erreichen.

»Entschieden! – Zivilcourage jetzt« war ein weiteres Projekt, eine einjährige berufsbegleitende Fortbildung zur/m »Trainer/in Zivilcourage«. Mit dem Tod Dominik Brunners erklang verstärkt der Ruf nach zivilcouragiertem Handeln. Das Niedersächsische Justizministerium veröffentlichte 2010 das Programm »Kriminalprävention durch Stärkung von Zivilcourage« und lud über den Landespräventionsrat Bildungsträger ein, entsprechende Projekte auf den Weg zu bringen. Die KVHS stellte einen Antrag und erhielt die Förderzusage für die o.g. Bildungsmaßnahme. An der Fortbildung nahmen Sozialpädagoginnen und -pädagogen teil, Trainer für Selbstverteidigung, Mitarbeitende der Jugendhilfe, eine Mediatorin und eine Übungsleiterin im Gesundheitssport. Sie beleuchteten über 130 Stunden das Thema, plus eigener Projekte, die sie aus der Fortbildung heraus entwickelten und umsetzten. Schließlich dokumentierten und evaluierten sie ihre Ideen und Ergebnisse. In der Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung, dem Wissen und Können im Feld, weist der Titel »Entschieden« auf die aktive eigene Entscheidung hin, die Menschen täglich bereits vor Eintreten handlungsnotwendiger Situationen treffen können und die trainierbar sind. Vorbereitet handeln wir schneller und sicherer und begrenzen damit potenziellen Täterinnen und Tätern den Handlungs- und Erfolgsraum. Entscheidungs- und Sicherheits-Risiko-Kompetenz sind als zentrale Fähigkeiten identifiziert, die zivilcouragiertes Handeln fördern. Die Ergebnisse sind nachzulesen in einem Sammelband.

↑ Zivilcourage-Training bei den Jüngsten

Ein dauerhaftes Thema ist Rechtsextremismus und -populismus. Die »Akademie« hatte auch in der Vergangenheit dieses Thema immer wieder tagesaktuell aufgegriffen. So war die Bewerbung 2011 als »Demokratiezentrum der niedersächsischen Erwachsenenbildung« bei der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung auch nur folgerichtig. Seit 2012 ist die KVHS in Kooperation mit der VHS Braunschweig ein »Demokratiezentrum« in Niedersachsen.

Ulf Neumann, Programmbereichsleiter der KVHS Gifhorn
Erik Weckel, Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung und ehemaliger Projektleiter des »Demokratiezentrums« der KVHS Gifhorn/ VHS Braunschweig

einBlick **PRAXISEINBLICKE**

Vom Gestern heute für morgen lernen. Anne Frank und mehr …

↑ Junge Freiwillige begleiteten die Besucher/-innen durch die Ausstellung.

info

Die aktualisierte Variante der Ausstellung »Deine Anne – Ein Mädchen schreibt Geschichte« wird vom Anne Frank Zentrum in Berlin verliehen.

Die Ausstellung wird in der Regel für vier Wochen von einem örtlichen Konsortium verschiedener Bildungsakteure betrieben. Entsprechend dem »peer to peer«-Ansatz begleiten junge Leute die Besucher/-innen in einem zweistündigen Workshop durch die Ausstellung. Diese Multiplikator/-innen werden zuvor intensiv auf ihre Aufgabe vorbereitet. Sie werden zu Botschafter/-innen für Demokratiebildung.
Unser nächstes Anne-Frank-Projekt startet am 3. Juni 2014 in Syke. Wir suchen weitere Mit-Akteure für die Arbeit an anderen Orten: anne.frank@vnb.de

Mehr Informationen finden sich auf: www.annefrankdiepholz.de und www.annefranksyke.de

»Anne Frank – Eine Geschichte für heute« so der Titel der Ausstellung, die am 19. Januar 2012 in der Diepholzer Mediothek an den Start ging. Das Projekt war mehr als eine Ausstellung. Es war der Beginn einer sich gegenseitig verstärkenden Kooperation der Barnstorfer Christian-Hülsmeyer-Schule und der Geschäftsstelle NordWest des VNB (Verein niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.) vor Ort. Die Arbeit an der regionalen Bildungslandschaft ist ein strategischer Ansatz des VNB: Hier lässt sich erahnen, was wir erreichen könnten, wenn alle potenziellen Akteure mitarbeiten würden. Der Niedersächsische Bund für freie Erwachsenenbildung in Hannover hat diese Arbeit in 2013 mit dem Innovationspreis »Partizipation und politische Bildung« ausgezeichnet.

Das Erfolgsrezept dieser Ausstellung ist, dass sie Geschichte vermittelt, aber auf Gegenwart und Zukunft zielt. Die Geschichte jüdischen Lebens in Europa wurde den gut 1.500 Besucherinnen und Besuchern und verstärkt den 30 jungen Freiwilligen anhand der Geschichte Gleichaltriger – besonders von Anne Frank – nahegebracht. Die Freiwilligen waren zwischen 16 und 20 Jahren alt. »Peer to peer« geschah die Arbeit, auch seitens des VNB besonders von jungen Mitarbeitenden umgesetzt: zwei Auszubildene und einer FÖJ-lerin. Dieser aktuelle Ansatz politischer Bildungsarbeit mit jungen Leuten ist beim VNB Teil der Strategie, junge Menschen für politische Bildungsinhalte zu gewinnen und sie zu unterstützen, selber Akteure zu werden. Waren die jungen Leute erst noch Begleiter/-innen, so wurden sie zu Akteuren, zu Akteuren einer Form von Vermittlung von Geschichte und Politik, die sich ganz konkret in die Politik vor Ort einmischt, Zeichen setzt, und sich als »Schule mit Courage« profiliert.

Ein bunter Strauß von Methoden half, die Inhalte auch nach den vier Wochen der eigentlichen Ausstellung in eine größere Öffentlichkeit zu bringen. Die Anne Frank AG erstellte einen Audioguide, eine Ausstellung über ihre Arbeit, initiierte, dass an verschiedenen Stellen im Ort Stolpersteine für ermordete Mitbürger/-innen verlegt wurden und ein Erinnerungsbaum für Anne Frank gepflanzt wurde. Die Schüler/-innen erweiterten ⊪

ihren Horizont in Besuchen und Seminarveranstaltungen mit dem VNB in Bergen-Belsen, Lommel in Belgien, im Anne-Frank-Haus in Amsterdam und im Anne-Frank-Zentrum in Berlin.

Die Beschäftigung mit der Geschichte des Ortes Barnstorf ließ Menschen jüdischen Glaubens lebendig werden, so zum Beispiel Moritz Wesermann. Er war ein allseits bekannter und in vielen Vereinen engagierter Mensch und Mitbegründer des örtlichen Sportvereins. Doch die Nazis tilgten ihn aus der Geschichte des Vereins und des Ortes. Die Anne Frank AG schlug vor, die neue Turnhalle nach ihm zu benennen. Auf der Ratssitzung am 24. Mai 2012 wurde der Antrag abgeschmettert. Nicht nur die Schüler/-innen waren vom Unverständnis des Rates enttäuscht, selbst der NDR berichtete.

Mit der Sammlung von Unterschriften und einer bei Facebook organisierten kleinen Demonstration zur Eröffnung der Halle haben die jungen Leute ihrem Protest Gehör verschafft. Die nötige Medienkompetenz zu entwickeln, geschah ›by the way‹, Schüler/-innen gaben Interviews im Radio, formulierten in der Ratssitzung treffende Beiträge, schrieben Leserbriefe und lösten eine Auseinandersetzung in der Presse aus, sie organisierten Flashmobs, sie reflektierten Strategie und Taktik – kurzum, sie lernten das Handwerkszeug politischer Teilhabe in Echtzeit.

Reinhold Bömer, Geschäftsstellenleitung NordWest des VNB

↑ Am 18. April 2013 erhielt der VNB für das ›Anne Frank-Projekt‹ den Innovationspreis 2013 – Partizipation und politische Bildung der niedersächsischen Erwachsenenbildung in Höhe von 3.000 Euro.

info

Innovationspreis

Der Niedersächsische Bund für freie Erwachsenenbildung (nbeb) unterstützt und ermutigt die Einrichtungen der anerkannten Träger bei ihren Bestrebungen, innovative Bildungsangebote zu konzipieren und umzusetzen. Seit dem Jahr 2004 verleiht der nbeb alle drei Jahre einen Innovationspreis, mit dem aktuelle, ungewöhnliche und beispielhafte Bildungsformate im Land Niedersachsen gewürdigt werden. Durch eine fachkundige Jury werden aus den Einsendungen die Preisträger ermittelt, die dann im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung ihren Geldpreis entgegennehmen dürfen.

Durch die großzügige Unterstützung der nordmedia – Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH und der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) wird seit dem Jahr 2007 ein Sonderpreis »Medienkompetenz« ausgeschrieben. Mit diesem Preis sollen Bildungsmaßnahmen gewürdigt werden, die Medienkompetenz im Umgang mit Film, Hörfunk, Fernsehen und Internet vermitteln. Alle Preisträger finden Sie auf der Homepage des nbeb: http://www.nbeb.de/index.php/nbeb-stellt-sich-vor/innovationspreis

einBlick INTERVIEW

info

Claudia Lühmann …

… ist Programmbereichsleiterin für Gesellschaft, Politik, Deutsch und Integrationskurse an der VHS Buxtehude. Vom 1. bis 12. März 2013 fand an der VHS die Veranstaltungsreihe »Verschleierte Realitäten – Thementage Afghanistan« mit Ausstellung, Vorträgen und Workshops statt.

»Wir bieten einen geschützten Raum.«

Ein Interview mit Claudia Lühmann, Programmbereichsleiterin an der VHS Buxtehude

Sehr geehrte Frau Lühmann, Sie sind an der VHS Buxtehude als Programmbereichsleiterin für die Felder Gesellschaft, Politik, Deutsch und Integrationskurse zuständig. Welche Bedeutung hat vor diesem Hintergrund die Demokratiebildung für Sie?

Die Demokratiebildung ist, neben der Vermittlung von Deutschkenntnissen, ein zentrales Anliegen in meiner täglichen Arbeit mit Menschen, die aus anderen Ländern und Kulturen zu uns kommen. Wir geben unseren Teilnehmern nicht nur die sprachlichen Mittel an die Hand. In unseren Kursen, Vorträgen und Workshops bieten wir ihnen auch die Gelegenheit, sich mit ihren Erfahrungen und Wertvorstellungen in Diskussionen einzubringen, sich aktiv an der Meinungsbildung zu beteiligen und – in meinen Augen das wichtigste Ziel – in ihrer neuen Heimat handlungsfähig zu sein, im Alltag ebenso wie in der Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen.

Im März 2013 haben Sie eine Afghanistan-Woche mit Vorträgen und Workshops organisiert. Inwiefern ist auch das Demokratiebildung?

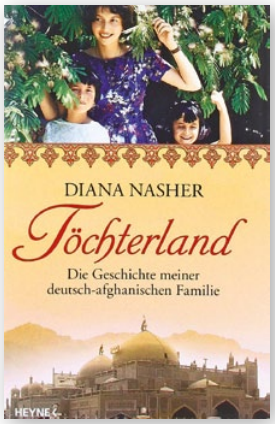
Der ursprüngliche Auslöser für die intensive Beschäftigung mit dem Thema war die eher beiläufig gestellte Frage: »Was geht uns hier in Buxtehude, in der Region, eigentlich Afghanistan an?« Die konkrete Idee zu der Veranstaltungsreihe entstand dann vor dem Hintergrund der politischen Diskussion über den bevorstehenden Abzug der Truppen. Auch die aktuelle Lage im Land selbst, das Leben der Einheimischen und Soldaten dort und die politischen Aussichten für die nähere und fernere Zukunft warfen viele Fragen auf. Gerade vor dem Hintergrund der (damals noch) bevorstehenden Bundestagswahlen war es uns wichtig, den Bürgern in unserer Region etwas an die Hand zu geben, um sich in dieser Frage eine Meinung bilden zu können.

Was hat Sie in der Planungsphase am stärksten herausgefordert?

Der knappe zeitliche Vorlauf: von der ersten Idee bis zur konkreten Planung und Drucklegung des Programmheftes hatten wir nur wenige Wochen. In dieser kurzen Zeitspanne galt es nicht nur, geeignete Referenten zu finden, sondern auch Termine, Inhalte und Konzepte abzustimmen. Wir wollten dieses komplexe Thema aus unterschiedlichen Perspektiven darstellen; neben der deutschen sollte auch die afghanische Sichtweise deutlich werden. Die größte Herausforderung aber war – und ich gebe zu, das hatten wir unterschätzt – die eigene, ganz persönliche Betroffenheit.

Und welches Ergebnis hat Sie am meisten überrascht?

Gerade die persönliche Betroffenheit hat dieses anfangs eher abstrakte Thema in die eigene Realität geholt.



Lektüre – Empfehlung

»Von all den zahlreichen wichtigen und lesenswerten Büchern zu diesem Thema hat mich eines besonders nachhaltig beeindruckt: **›Töchterland: Die Geschichte meiner deutsch-afghanischen Familie‹** von Diana Nasher, die ihren erzählerischen Bogen nicht nur über drei Frauen(generationen) ihrer eigenen Familie spannt, sondern auch über die gemeinsame Geschichte Afghanistans und Deutschlands von den 1920er Jahren bis in die Gegenwart.«
Claudia Lühmann

Die Fragen »Was hat das mit mir zu tun? Was bedeutet das für mich?« waren immer präsent. Das hat mich und auch meine Kolleginnen und Kollegen mit teilweise unerwarteter Intensität getroffen. Indem wir uns aber nicht nur ganz akademisch auf das Thema eingelassen haben, sondern uns – bei aller Professionalität – immer auch mit unseren eigenen Gefühlen und Gedanken eingebracht haben, sind schon im Verlauf einzelner Veranstaltungen, aber auch im Nachklang sehr intensive Gespräche entstanden, die noch lange in uns und unseren Gästen nachgewirkt haben.

Welche anderen Schwerpunkte setzen Sie an der VHS Buxtehude in der Demokratiebildung?

Genaugenommen bieten wir den Teilnehmenden in allen Bereichen und Veranstaltungen einen geschützten Raum für die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Themen und Inhalten. Besonders deutlich wird das bei Formaten wie dem Politiker-Speed-Dating, aus dem sich Kontakte und Aktivitäten zwischen Politikern und Wählern ergeben haben, die für jeden Einzelnen ganz konkret erfahrbar machen: demokratischer Diskurs zieht politisches Handeln nach sich. Perspektivenvielfalt und die Erfahrbarkeit von Meinungsbildungsprozessen finden aber nicht nur innerhalb der Programmbereichsgrenzen statt. Wir verstehen Demokratiebildung als Querschnittsthema, mit dem wir auch Menschen erreichen können, die keine klassischen Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung besuchen. Tatsächlich muss Demokratiebildung aber viel früher ansetzen, weshalb die Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort in Zukunft einen weiteren Schwerpunkt bilden soll.

Die Demokratiebildung – wie auch die übergeordnete Politische Bildung – sind keine einfachen Programmbereiche, keine Selbstläufer in der Erwachsenenbildung. Was müsste sich aus Ihrer Sicht ändern?

Wie viele meiner jüngeren Kolleginnen und Kollegen in anderen Volkshochschulen bin ich als Quereinsteigerin zur politischen Bildung gekommen, entsprechend lautet meine ganz persönliche »Wunschliste«: mehr Fortbildungen, mehr interdisziplinäres Denken, mehr Teamarbeit – auch im eigenen Haus. Die Themenvielfalt und der inhaltliche Freiraum sind ja erfreulich groß, aber gerade deswegen fällt es mitunter schwer, eine Auswahl zu treffen und inhaltliche Grenzen zu ziehen. Außerdem braucht es nicht nur innovative Formate und Veranstaltungsformen, um neue Zielgruppen zu gewinnen, sondern auch eine zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit und eine bessere Vernetzung der einzelnen Bildungsträger und Akteure untereinander. Und zu den strukturellen Problemen kommt immer auch die Frage der Finanzierbarkeit. Da ist die Politik in der Verantwortung, diesem auch für sie selbst so wichtigen Bereich langfristig ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das Interview führte Janou Glencross, Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

einBlick INTERVIEW

»Demokratie-Lernen ist kein Nebenbeigeschäft«

Ein Interview mit Hans-Peter Bartels (MdB)

↑ Hans-Peter Bartels (SPD) ist Mitglied des Deutschen Bundestages.

Sie plädieren seit mehreren Jahren für die Gründung eines »Instituts für die Didaktik der Demokratie«. Welche Beobachtungen und Entwicklungen haben Sie zu dieser Forderung motiviert?

Wenn wieder einmal Rechtsextremisten in ein Parlament einziehen oder die Wahlbeteiligung gerade krass gesunken ist, dann sind in der ersten öffentlichen Erregung hierzulande die Patentursachen wie die Patentlösungen schnell zur Hand: Schuld ist die soziale Lage der Rechtsaußen-Wähler oder die gerade aktuelle Unfähigkeit von Regierung und Parteien. Dagegen muss dann endlich mit allen Mitteln angegangen werden: Sozialpolitik! NPD-Verbot! Projekte muss es geben, die Alternativen aufzeigen! Daran mag nichts falsch sein, und dennoch wirken diese Reflexe auf eine hochanständige Weise hilflos.

Wahlverhalten ist politisch, soll politisch sein und wirkt politisch. Man muss sich allerdings erst einmal vorstellen können, überhaupt rechtsextrem – das heißt – gegen das System zu votieren. Aber das kann man lernen, sehr leicht. Parteien- und Politikverachtung gehören in Deutschland (wie in vielen anderen etablierten Demokratien) zum guten Ton. Überparteilichkeit gilt oft mehr als Parteilichkeit, demokratische Politik wird weithin als etwas Anrüchiges und eher Peinliches empfunden.

Welche Ziele und Aufgaben hätte ein solches Institut?

Eine Demokratie, die sich nicht kontinuierlich um die Förderung der demokratischen Kenntnisse und Fähigkeiten kümmert, wird irgendwann aufhören, Demokratie zu sein. Deshalb brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Anstrengungen zur politischen Bildung. Wir brauchen einen neuen Anlauf zu einer systematischen, verbindlichen Bildung und Erziehung zur Demokratie als Lebensform.

Als Maxime gilt: Die Vermittlung der Grundlagen muss gestaltet und begleitet werden. Demokratie-Lernen ist kein Nebenbeigeschäft. Notwendig ist, die Erfahrungen von Modellprogrammen wie Demokratie lernen & leben und anderen Projekten zu bündeln und auszuwerten, die vielen verschiedenen Lehrpläne deutscher Schulen danach zu durchforsten, welchen Stellenwert dieser Stoff bisher hat und auf welche Weise und in welchem Umfang er unterrichtet wird. Es wäre zu untersuchen, welche Klischees und Vorurteile beispielsweise bei Journalisten und Lehrern vorherrschen.

Auf Grundlage dieser Forschungen können dann Empfehlungen für Lehrpläne und Ausbildungsordnungen erarbeitet werden. Es fehlt bisher an Standards.

Aufgabe einer neuen wissenschaftlichen Einrichtung sollte es sein, durch ihre Forschung die Pädagogik der demokratischen Bildung weiter zu entwickeln und zu fördern. Ihre Arbeit sollte Grundlagenforschung in Fragen des Lehrens, Lernens und Lebens demokratischer Werte umfassen.

Ein schönes Beispiel aus einem ganz anderen Wissenschaftsbereich ist in meinem Wahlkreis Kiel das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN). Sie schöpfen dort keine neue naturwissenschaftliche Erkenntnis, sondern kümmern sich um die Frage, wie all das wichtige Wissen von der Natur unserer Welt in das Bewusstsein der Menschen von heute kommen kann, vom Kindergarten über Schule und Medien bis zur Hochschuldidaktik.

Und wie sollte es institutionell aufgestellt werden? Welche Rolle fiele etwa der Erwachsenenbildung und ihren Trägern zu?

Da sich unmittelbar politische, gesellschaftliche, medienwissenschaftliche, didaktische, auf Grundwerte bezogene und gesellschaftspsychologische Fragestellungen ergeben, muss die Einrichtung von Anfang an interdisziplinäre Forschung betreiben. Dementsprechend sollten die Fragestellungen in Teams aus Politologen, Soziologen, Pädagogen, Fachdidaktikern (für Geschichte und Fächer mit politischem Schwerpunkt), Philosophen, Psychologen und Medienwissenschaftlern bearbeitet werden.

Die politische Erwachsenenbildung könnte davon nur profitieren. Auch hier gilt es im Übrigen, bewährte Strukturen zu erhalten und auszubauen. Man darf sie nicht ausspielen gegen neue »Projekte«. Insgesamt muss in diesem Bereich mehr getan – und öffentlich finanziert – werden, nicht weniger!

Das Interview führte Janou Glencross, Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

einBlick **INTERVIEW**

»Europa verlangt einen kollektiven Lernprozess.«

Ein Interview mit dem Sozialphilosophen Oskar Negt

Sie haben die These aufgestellt, dass die Demokratie die einzige Staatsform ist, »die in ständig erneuerter Kraftanstrengung gelernt werden muss«. Warum ist das so?

Wenn man die Demokratie als einen Emanzipationszusammenhang sieht, in dem die Menschen die Möglichkeit bekommen, über das, wovon sie abhängig sind, mitzubestimmen, dann ist das verknüpft mit einer Aufforderung, sich zu betätigen, so dass sie sich in den Produkten ihrer Tätigkeit wiedererkennen. Diese Wiedererkennung ist bedeutsam, denn sonst verlieren sie die Lust an der Veränderung der Dinge.

Das bedeutet, dass die Demokratiebildung Menschen jeden Alters, Geschlechts, sozio-ökonomischen oder ethnischen Hintergrunds erreichen muss. Ist das angesichts der Ökonomisierungstendenzen in der Bildungsarbeit nicht eher utopischer geworden?

Sie haben Recht. Das ist schwieriger geworden. Insbesondere durch die fortschreitende Zerstörung von Bindungen. In der Vergangenheit nahmen Interessen zumeist Blockbildungen an, die sich zum Beispiel entlang bestimmter Klassen und Schichten manifestierten. Gleichwohl gibt es nach wie vor soziale Milieus oder Stadtteilstrukturen, die konstant bleiben. Hier in der Hannoveraner List fällt mir das immer wieder auf. Es gibt demnach Tendenzen, die sich gegen die Isolierung wenden. Für die Menschen bleibt das gemeinschaftliche Element also bedeutend. Bezüglich des Erreichens unterschiedlicher Menschen zeigen mir meine eigenen Vortragsreisen, dass das Publikum tatsächlich viel heterogener geworden ist. Das Interesse am gemeinschaftlichen Wohl und am Zustand der Demokratie

← Oskar Negt:
»Der politische Mensch,
Demokratie als Lebensform«;
Steidl Verlag, Göttingen;
2010

interessiert Menschen unabhängig ihres Geschlechtes oder sozio-ökonomischen Hintergrunds. Ich denke, dass wir weniger auf diese Unterschiede fokussieren, sondern die Problemstellung in das Zentrum unserer Bildungsarbeit rücken sollten. Anders ausgedrückt: sie dürfen keine Veranstaltung für Arbeitslose anbieten sondern eine Veranstaltung, die den Wandel von Arbeit thematisiert. Alle Menschen wünschen sich Orientierungswissen, das in Form von Erzählungen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge vermittelt werden kann. Was haben die Börsennachrichten mit der Familienpolitik zu tun? Diesen Bogen zwischen Themen zu spannen, die als Nachrichtenmeldungen so disparat erscheinen, aber für die Menschen eine große Alltagsbedeutung haben, ist die große Herausforderung für die Demokratiebildung. Da braucht es gar nicht so viele Neuerfindungen.

In der politischen Didaktik gilt das Gebot der Kontroversität. Die Grundlagen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sind davon aber explizit ausgenommen, da hierüber ein Wertekonsens besteht. Ist Demokratiebildung dann nicht vorrangig affirmative Bildung? Wo bleibt das kritische Moment?

Ich sehe das Problem nicht. Für mich steht der Begriff der Würde im Zentrum der Demokratiebildung, den es in der Weimarer Verfassung übrigens noch nicht gab. Er tritt erstmals im Grundgesetz auf. Nach Kant ist Würde die Autonomiefähigkeit des Menschen. Wenn Sie den Würdebegriff als leitende Norm heranziehen, kommen Sie also gar nicht erst in die Gefahr, eine rein affirmative Bildung zu betreiben. Denn die Würde des Menschen lässt sich nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Bedingungen fassen. Diese Perspektive garantiert das kritische Moment.

Welche Konsequenzen sind aus Ihren Überlegungen zu ziehen, wenn wir nicht mehr nur die nationale sondern auch die europäische Perspektive betrachten. Was macht Europa mit der Demokratiebildung? Was macht die Demokratiebildung mit Europa?

Europa verlangt einen kollektiven Lernprozess, der sich mit den Entwicklungen zum Westfälischen Frieden vergleichen lässt. Auch damals entstand ein neuer Komplex von Rechtsgeschichte, denken Sie an die Trennung von Legalität und Moralität, an den Übergang von der Inquisitionsgerichtbarkeit zur Akkusationsgerichtbarkeit. Ein weiterer kollektiver Lernprozess bezog sich dann nach 1945 auf die Etablierung des Sozialstaates, der den Menschen die Existenzangst nahm. Demokratie funktioniert nämlich nur ohne diese Angst um die eigene Existenz. Augenblicklich erleben wir die Notwendigkeit eines weiteren kollektiven Lernprozesses, der die europäische Umsetzung der sozialen Idee zum Gegenstand haben muss. Dabei reicht das, was Habermas verlangt, mehr Kompetenzen nach Brüssel zu verlagern, nicht aus. Die Verteidigung der Sozialstaatlichkeit muss zu einem wesentlichen Element des gesamten Lernprozesses werden.

Welche Rolle kann oder muss die Erwachsenenbildung hier spielen?

Bedenken Sie, wie viele Einrichtungen der Erwachsenenbildung es gibt. Hier liegt ein großes institutionelles Potenzial, dessen Gewicht besser ausgespielt werden sollte. Ich wünsche mir einen Geist, der sich an der Nachkriegszeit orientiert. Damals fand eine sehr produktive Auseinandersetzung über die Funktion der öffentlichen Einrichtungen statt. Die Erwachsenenbildungseinrichtungen sind ja nicht auftragslos. Wie das öffentliche Fernsehen haben sie einen kulturellen und gesellschaftlichen Auftrag. Dieser muss wiederbelebt werden, um eine lebendigere und interessantere Bildungsarbeit gestalten zu können. Statt neue Institutionen zu gründen, sollte die Wiederbelebung der etablierten Einrichtungen im Zentrum stehen.

Das Interview führte Janou Glencross, Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

info

Oskar Negt, geboren 1934, studierte Rechtswissenschaft, Philosophie und Soziologie. Von 1970 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2002 war er Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Hannover. Professor Negt ist einer der führenden Sozialphilosophen in Deutschland, der sich neben seiner wissenschaftlichen Arbeit auch immer wieder in tagesaktuelle politische und gesellschaftliche Diskurse einmischt.

einBlick **ERFAHRUNGSBERICHT**

Der Erfahrungsbericht lässt Menschen zu Wort kommen, die ihre Teilnahme an Angeboten der Erwachsenenbildung als prägend erlebt haben. Für diese Ausgabe stellte sich Bernd Osterloh unseren Fragen. Er ist Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrats sowie Mitglied des Präsidiums des Aufsichtsrates der Volkswagen AG.

»Die politische Erwachsenenbildung mir einen politischen

Bernd Osterloh im Interview

Welchen persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen verbinden Sie mit der politischen Erwachsenenbildung in Niedersachen?

Die politische Erwachsenbildung hat mich persönlich sehr stark beeinflusst. Ich bin eng mit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verbunden. Als Vertrauensmann bei Volkswagen habe ich kontinuierlich Seminare vor allem der IG Metall besucht. Im Jahre 1984 habe ich am Sechs-Wochen-Kurs in Hustedt teilgenommen. Die politische Bildung hat mich also während meiner gesamten bisherigen Zeit als Funktionär der IG Metall und als Betriebsrat begleitet. Später habe ich selbst eine ehrenamtliche Referententätigkeit ausgeübt. Politische Bildung hat mich während der gesamten Zeit meiner politischen Entwicklung begleitet. Hier habe ich wertvolles, ja ich will schon sagen – unverzichtbares – politisches Orientierungswissen gewonnen. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen sind ebenfalls durch die politische Bildungsarbeit gegangen.

Was kennzeichnet diese Bildungsangebote?

In der niedersächsischen Landschaft der politischen Bildung spielen die Heimvolkshochschulen eine besondere Rolle. Sie stehen für eine besondere Form des Lernens: Für eine gewisse Zeit zusammen leben und gemeinsam lernen. Ich habe intensive Erfahrungen mit und in der politischen Bildung vor allem in der Heimvolkshochschule Hustedt gesammelt. Sowohl inhaltlich als auch methodisch habe ich die politische Bildung als sehr anspruchsvoll erlebt. Ein wichtiges Element der politischen Bildung, so wie ich sie erlebe, ist die Beteiligung ehrenamtlicher Referentinnen und Referenten, die die Gewähr dafür bieten, dass die betriebliche Praxis bzw. Realität der Arbeitswelt ihren Niederschlag in der politischen Bildungsarbeit finden. Bildungsexperten und Ehrenamtliche sorgen dafür, dass sich die Teilnehmenden sowohl mit praktischen Erfahrungen als auch mit theoretischen Ansätzen auseinandersetzen können. Meine Erfahrungen sind davon geprägt, dass Bildung demokratisch und ohne Hierarchien, sozusagen auf Augenhöhe, organisiert werden kann.

Inwiefern war diese Sozialisierung prägend für Ihre weitere persönliche und berufliche Biografie?

Die politische Erwachsenenbildung, so wie ich sie erlebe, hat mir ein enormes politisches Grundlagenwissen verschafft. Es hat dazu beigetragen, mir einen politischen Kompass zu erarbeiten, der für die gewerkschaftliche Arbeit zuerst als Vertrauensmann und später für die Tätigkeit als Betriebsrat von unschätzbarem Wert ist. Ich glaube, dass Funktionen und Ämter, sei es in der Politik, in Verbänden und im Betrieb ohne ein solches politisches Grundlagenwissen kaum angemessen wahrgenommen werden können. Karrieren hängen natürlich von vielen Faktoren ab, aber die politische Bildung befähigt ganz sicher dazu, politische Funktionen besser wahrzunehmen. Letztlich ist diese Bildung unerlässlich für die gewerkschaftliche Entwicklung. Für mich geht es dabei aber nicht nur um Fachwissen, sondern auch darum, dass politische, in meinem Fall gewerkschaftliche Werte, wie Solidarität und Miteinander vermittelt und gefestigt werden. Schließlich dürfen auch die Vermittlung sozialer Kompetenzen für die persönliche und politische Entwicklung nicht vergessen werden.

↑ Bernd Osterloh, Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrats sowie Mitglied des Präsidiums des Aufsichtsrates der Volkswagen AG

hat dazu beigetragen, Kompass zu erarbeiten.«

Welche Rolle spielt Demokratiebildung bei einem Weltkonzern wie Volkswagen?

Volkswagen bildet junge Menschen in zahlreichen Berufen aus. Bei Volkswagen prägen hohe Qualitätsmaßstäbe die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten. Es geht bei der Berufsausbildung nicht nur um eine hohe fachliche Qualifikation. Diese ist unumstritten wichtig. Bei Volkswagen haben aber auch politische Inhalte und soziale Kompetenzen einen hohen Stellenwert. Volkswagen ist ein besonderes Unternehmen. Ein Unternehmen mit einer besonderen Geschichte und einer besonderen Form der Arbeitnehmerbeteiligung. Diese besondere Geschichte des Unternehmens und seiner Entstehung hat gewerkschaftliches Selbstverständnis bei Volkswagen geprägt. Deshalb spielt die Demokratiebildung im Unternehmen eine bedeutende Rolle. Zunächst auf Seiten der Arbeitnehmervertretung. Hier ist beispielsweise die Teilnahme an Gewerkschaftlicher Bildung ganz aktuell ein Merkmal, auf das wir bei der Auswahl von Nachwuchskräften für den Betriebsrat achten. Daneben müssen auch unsere Werte Partizipation und Mitbestimmung, die übrigens Teil der Unternehmenskultur bei Volkswagen sind, vermittelt werden.

Wie wird das konkret umgesetzt?

Wenn man wie bei Volkswagen die Menschen im Betrieb an Prozessen und Entscheidungen beteiligen will, müssen die dafür notwendigen Fähigkeiten ausgebildet werden. Deshalb findet das auch in der Aus- und Weiterbildung bei Volkswagen statt. Da ist es nur folgerichtig, dass Ausbildung bei Volkswagen auch die Persönlichkeit entwickeln und die Teamfähigkeit ausbauen soll. Berufliche Ausbildung bei Volkswagen heißt auch über Fachwissen hinaus, junge Menschen zu selbstbewussten, engagierten Beschäftigten zu entwickeln. Dazu zählen für mich unter anderem die Identifikation mit dem Unternehmen und seinen Zielen und Werten. Bei Volkswagen lassen sich diese nicht nur auf Wirtschaftlichkeit und Rendite reduzieren. Bei uns sind Wirtschaftlichkeit und Beschäftigungssicherung gleichrangige Unternehmensziele. Kompetenzen, wie Respekt und Toleranz, würde ich ebenfalls dazu rechnen. Dazu ein Beispiel: Auszubildende und mittlerweile auch Führungskräfte besuchen die Gedenkstätte in Auschwitz und setzen sich aktiv mit Nationalsozialismus und Völkermord auseinander.

Verfolgen Sie gegenwärtig die Entwicklungen in der politischen Erwachsenenbildung bzw. nehmen Sie aktiv daran teil? Was fällt Ihnen diesbezüglich auf?

Leider kann ich mich nicht mehr so intensiv an der politischen Erwachsenenbildung beteiligen, wie in der Vergangenheit oder zu Beginn meiner gewerkschaftlichen Entwicklung. Dennoch möchte ich feststellen: wir dürfen in unserem Bemühen nicht nachlassen, der politischen Erwachsenenbildung einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Noch immer gilt, dass nicht alle im gleichen Maße Zugang zu Bildung haben. Möglicherweise hat sich die Frage der Chancengleichheit bei der Bildung zu einer neuen Verteilungsfrage in unserer Gesellschaft entwickelt. Ein Grund mehr, den Zugang zu Bildung für alle Menschen nachhaltig zu verbessern. Und das gilt allemal für die politische Bildung.

Das Interview führte Janou Glencross, Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

einBlick **HÄTTEN SIE ES GEWUSST?**

Die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

Wer oder was ist die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung?

Bundesweit einmalig ist die Einrichtung einer Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung in der Trägerschaft eines Dachverbandes – des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung (nbeb) e.V. Die Agentur ist die zentrale Dienstleistungsorganisation für alle anerkannten und öffentlich geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung Niedersachsens. Sie wurde 2004 vom Land eingerichtet. Im Hinblick auf die Demokratiebildung widmet sich die Agentur der Vernetzung, Entwicklung, Beratung und Mitarbeiterfortbildung in Niedersachsen.
Die Förderung und Anerkennung der Einrichtungen nach dem Erwachsenenbildungsgesetz ist eine weitere zentrale Aufgabe (vgl. 3).

Wer gehört zu den anerkannten und öffentlich geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Niedersachsen?

Insgesamt handelt es sich um 90 Einrichtungen.
Im Detail sind das 60 Volkshochschulen, 23 Heimvolkshochschulen und die folgenden 7 Landeseinrichtungen:

- Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V.
- Bildungswerk der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Niedersachsen e.V.
- Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gemeinnützige GmbH
- Evangelische Erwachsenenbildung Niedersachsen
- Katholische Erwachsenenbildung im Lande Niedersachsen e.V.
- Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen e.V.
- Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.

Die Volks- und Heimvolkshochschulen werden im nbeb von ihren Landesverbänden vertreten.

Wie ist die Förderung der öffentlich anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen in Niedersachsen geregelt?

Förderung und Anerkennung sind durch das Niedersächsisches Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) geregelt. Maßnahmen zur politischen Bildung entsprechen »besonderen gesellschaftlichen Erfordernissen« und sind daher höher faktorisiert. Informationen dazu finden Sie auf der Website der Agentur: www.aewb-nds.de.

Wie viele der Einrichtungen machen Angebote zur Politischen Bildung?

Von den 89 Einrichtungen haben im Jahr 2012 73 Einrichtungen Veranstaltungen in der politischen Bildung angeboten (45 kommunale Einrichtungen, 6 Landeseinrichtungen, 22 Heimvolkshochschulen).

Wie viele Unterrichtsstunden umfassen diese Angebote jährlich?

Im Jahr 2012 wurden ca. 183.000 Unterrichtsstunden (gesamt kommunale Einrichtungen und Landeseinrichtungen) in Bildungsmaßnahmen der politischen Bildung durchgeführt. Dazu kamen knapp 40.500 Teilnehmertage bei den Heimvolkshochschulen.

In welchen Netzwerken agieren die Erwachsenenbildungseinrichtungen?

Die Einrichtungen sind von der kommunalen bis zur supra-nationalen Ebene in vielen Netzwerken aktiv. Sie arbeiten mit Behörden, Schulen, Berufsschulen und Universitäten, mit Unternehmen, Betrieben und Gewerkschaften, mit sozialen Einrichtungen und Verbänden zusammen, um kritische Bildungsangebote zu gestalten. Die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung widmet sich dem Thema in einer sektorenübergreifenden Arbeitsguppe, dem Runden Tisch Politische Bildung.

Zum Weiterlesen

- **Demokratiezentren der niedersächsischen Erwachsenenbildung**
  http://www.demokratiezentren-nds.de/
- **Zentrum Demokratische Bildung Wolfsburg**
  http://www.zdb-wolfsburg.de/
- **Politische Bildungsgemeinschaft Niedersachsen e.V.**
  http://www.pbh-hannover.de/
- **Bundeszentrale für politische Bildung**
  http://www.bpb.de/
- **Bündnis für Demokratie und Toleranz (gegen Extremismus und Gewalt)**
  http://www.buendnis-toleranz.de/
- **Bundesprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
  http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/
- **Friedrich-Ebert-Stiftung – Projekt gegen Rechtsextremismus / »Mitte-Studie«**
  http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/

* Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar.

Impressum

einBlick
Das Themenheft der Agentur
für Erwachsenen- und Weiterbildung
Ausgabe 3/2014
Demokratiebildung

Herausgeber
Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

Geschäftsführer
Dr. Martin Dust

Redaktion
Dr. Janou Glencross,
Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

Hausanschrift
Bödekerstraße 18, 30161 Hannover

Postanschrift
Postfach 473, 30004 Hannover

Telefon 0511 300330-10
Telefax 0511 300330-81
E-Mail info@aewb-nds.de
www.aewb-nds.de

Die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung ist eine selbstständige Stelle nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG), die vom Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung e.V. (nbeb) getragen wird.

Gestaltung
büro fuchsundhase, Hannover
www.fuchsundhase.de

Fotonachweis
Bildarchiv der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung
oder der jeweiligen Autoren, außer Titel und Seite 3: DWerner, photocase.com;
Seite 5: ovokuro, photocase.com; Seite 6 links: Inuit, photocase.com;
Seite 8: kallejipp, photocase.com; Seite 12: jock+scott, photocase.com;
Seite 14: André Lindner und PBH; Seite 17: Dorit Schierholz;
Seite 20: Heyne / Verlagsgruppe Random House GmbH, München;
Seite 23: Steidl Verlag, Göttingen; Seite 25 rechts: iStockphoto;
Seite 27: boing, photocase.com

© Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung, Hannover
1. Auflage, Februar 2014
Alle Rechte vorbehalten

Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung
Bödekerstraße 18, 30161 Hannover
Telefon 0511 300330-21
Telefax 0511 300330-81
E-Mail info@aewb-nds.de
www.aewb-nds.de

Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

In Trägerschaft von

Niedersächsischer Bund für freie Erwachsenenbildung e.V.

www.aewb-nds.de